



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayer, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Familien in schwierigen Lebenslagen nicht alleine lassen – Unterstützung bei frühem Kindstod

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit sich in Bayern eine zentrale Landesstelle „Früher Kindstod“ einrichten lässt, und im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie über das Ergebnis zu berichten. Diese Landesstelle soll vom Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales gefördert werden und betroffenen Familien sowie Fachkräften aus Medizin, Beratung, Hebammenwesen, Seelsorge und weiteren Bereichen niedrigschwellige Beratung, verlässliche Informationen, Fortbildungsangebote und überregionale Vernetzungsmöglichkeiten bieten. Ziel ist es, bestehende Initiativen zu bündeln, Versorgungslücken zu schließen und eine flächendeckend gut erreichbare, strukturierte Unterstützungsstruktur für Familien in dieser schwierigen Situation sicherzustellen.

Begründung:

Der Tod eines Kindes während der Schwangerschaft, rund um die Geburt oder in den ersten Lebensjahren ist für betroffene Familien eine zutiefst erschütternde Erfahrung. Fachquellen schätzen beispielsweise, dass statistisch betrachtet jede dritte Frau eine Fehlgeburt erlitten hat, die Dunkelziffer ist hoch. Die Säuglingssterblichkeit liegt in Deutschland bei 3 bis 4 Todesfällen von 1 000 Lebendgeburten. Neben der akuten Trauer besteht häufig ein hoher Unterstützungsbedarf für die betroffenen Familien – sowohl emotional als auch in praktischen, medizinischen oder psychosozialen Fragen. Gleichzeitig fühlen sich viele Fachkräfte im Umgang mit früh verwaisten Eltern unsicher oder allein gelassen.

In Bayern gibt es bereits wichtige lokale und regionale Initiativen. Diese leisten wertvolle Arbeit, sind jedoch regional unterschiedlich verteilt, nicht flächendeckend und häufig auf ehrenamtliches Engagement angewiesen. Eine übergeordnete Landesstruktur fehlt bislang. Baden-Württemberg hat diesen Mangel erkannt und am 1. Juni 2025 eine vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration finanzierte Landesstelle „Früher Kindstod“ ins Leben gerufen. Die neue Anlaufstelle ist aus der Arbeit des Vereins Sternenkinder Ettlingen hervorgegangen, der sich seit 2023 für verwaiste Eltern engagiert. Die Landesstelle bietet neben individueller Beratung auch eine digitale Plattform, Fortbildungsangebote für Fachkräfte und den Aufbau regionaler Netzwerke. Ziel ist es, bestehende Projekte zu stärken, Versorgungslücken zu schließen und Betroffenen wie Fachkräften eine verlässliche Orientierung zu bieten.

Diese Entwicklung zeigt: Auch Baden-Württemberg verfügte vor Gründung der Landesstelle über einzelne Initiativen – doch erst durch deren landesweite Koordinierung und institutionelle Stärkung konnte ein echtes, flächendeckendes Unterstützungsangebot entstehen. Bayern sollte diesem Beispiel folgen und die Unterstützung und Begleitung für Familien in dieser besonders verletzlichen Lebenssituation durch eine zentrale Landesstelle verbessern. Eine solche Einrichtung wäre nicht nur ein wichtiges Signal der gesellschaftlichen Solidarität, sondern auch ein konkreter Beitrag zu mehr psychosozialer Versorgungsgerechtigkeit.